

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter die Poststation entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis für den Abonnenten: 12 Mark. — Preis für den Einzelnen: 1 Mark. — Preis für den Einzelnen: 1 Mark. — Preis für den Einzelnen: 1 Mark.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Rote Post Leipzig Nr. 1000

Nr. 144

Donnerstag, den 24. Juni 1926

21. Jahrgang

Reichstagsauflösung in Sicht.

Schwierigkeit der Einigung über das Fürstenabfindungsgesetz.

Berlin, 22. Juni. Im Reichstag haben gestern fortgesetzt Besprechungen in Sachen des Fürstenabfindungsgesetzes zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und den Vertretern der außerhalb der Regierung stehenden Reichstagsfraktionen stattgefunden.

Die erste Besprechung wurde mit den Sozialdemokraten abgehalten. Es folgten Verhandlungen mit den Deutschnationalen und dann mit Vertretern der Wirtschaftspartei.

Das bisherige Ergebnis der Besprechungen ist ziemlich mager. Man kann eigentlich nur sagen, daß sowohl die Sozialdemokraten wie die Deutschnationalen ihre Wünsche für die Umgestaltung der Regierungsvorlage bekräftigen haben. Die Sozialdemokraten haben, wie verlautet, zugesagt, ihre Abänderungswünsche auf ein Mindestmaß zu reduzieren und die Abänderungsanträge schriftlich zu formulieren. Es handelt sich vor allem darum, daß die Richter des Sondergerichtes vom Reichstag unter Hinzuziehung des Laienlements gewählt werden, und daß eine Entschädigung für Kronsfideikommissgüter, die an den Staat zurückfallen, den Fürsten nicht gezahlt werden darf.

Die Lage wird allseitig als recht schwierig angesehen. Im Hintergrund steht immer noch der Auflösungsgefahr, für den sich neben den Sozialdemokraten immer mehr auch das Zentrum und die Demokraten erwärmen, für den Fall, daß vor der Sommerpause eine Verabschiedung des Fürstenabfindungsgesetzes nicht möglich werden sollte.

Der Kompromissentwurf.

Berlin, 23. Juni. Zu den Verhandlungen des Reichstages mit den Sozialdemokraten und mit den Deutschnationalen berichten die Blätter: Die sozialdemokratische Fraktion hat eine größere Anzahl von Vorschlägen zu der Vorlage über die Fürstenabfindung ein-

gereicht, die sich mit der Zusammenfassung des Sondergerichtes befassen und fordert, daß sämtliche Richter vom Reichstag zu wählen seien und daß vier der Richter Laien sein müßten. Ferner beantragte die Fraktion, daß das Gericht nicht lediglich auf Antrag einer Partei tätig sein dürfe, daß es vielmehr von amtswegen die Auseinandersetzungen vorzunehmen habe, um zu vermeiden, daß die praktische Anwendung völlig in das Ermessen der einzelnen Länder gestellt werde. In Fällen bereits erfolgter Auseinandersetzungen soll das Gericht auch im Gegensatz zur Regierungsvorlage auf Antrag einer Partei beschließen können. Auch dürfe das Gericht nicht durch früher ergangene Urteile gebunden sein, um Vorfälle aus der Zeit vor der Revolution aufheben zu können. Schließlich beantragte die sozialdemokratische Fraktion, daß sämtliche Kronsfideikommiss- und ähnliche Renten ohne Entschädigung fortfallen sollen. Die Forderung der Deutschnationalen betreffen im wesentlichen die Punkte, die eine Verfassungsänderung bedeuten. Dem Lokalanzeiger zufolge haben die Deutschnationalen zu erkennen gegeben, daß für sie das Kompromiß unannehmbar sein würde, wenn es durch Berücksichtigung sozialdemokratischer Wünsche abgeändert würde. Auch ohne solche Abänderungen würden die Deutschnationalen ihre Zustimmung noch von einigen wichtigen Änderungen im Sinne der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Verfahrens bei der Auseinandersetzung mit den Fürsten abhängig machen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 23. Juni. Reichskanzler Dr. Marx erstattete gestern abend dem Kabinett Bericht über seine Verhandlungen mit den Parteien in der Fürstenabfindungsfrage. Das Kabinett beschäftigte sich weiter mit der Frage des Gesetzentwurfes gegen das Aufwertungsbegehren. Zu der Wahl Dornmüllers wird das Kabinett in seiner heutigen Sitzung Stellung nehmen.

Amerikanische Blätterstimmen zum Volksentscheid.

New York, 22. Juni. „New York Herald and Tribune“ schreibt zum Volksentscheid, das Ergebnis vom Sonntag sei in der Hauptsache als Protest gegen eine unbefriedigende Regelung der Ansprüche der früheren deutschen Fürsten zu werten. Man müsse anerkennend feststellen, daß sich die junge Republik für einen Vergleich entschieden habe.

„New York Times“ schießt in dem Ergebnis des Volksentscheides einen Ausdruck des politischen Gleichgewichts in Deutschland. Die Ansichten der Monarchisten seien gegenüber 15 Millionen entschlossener Wähler ungünstig; andererseits sei eine Mehrheit für eine gefäbrliche Gesetzgebung unmöglich. Auch diese Abstimmung habe gezeigt, daß Deutschland in gleicher Weise einem Radikalismus von rechts wie von links unzugänglich sei.

Verlängerung des Verbandsvertrages des Roheisenverbandes.

Essen, 22. Juni. In den gestrigen und heutigen Verhandlungen des Roheisenverbandes wurde die Verlängerung des Verbandsvertrages auf fünf Jahre, also bis zum 31. Dezember 1931, beschlossen. Die Beteiligungssfrage wurde auf einer den neuen Verhältnissen anpassenden Grundlage geregelt und eine teilweise Kontingentierung des Roheisenverbrauchs wurde vorgeesehen. Mit drei Werken, die nicht vertreten waren und Sonderanprüche stellten, muß noch verhandelt werden.

Ein Darmstädter Hochschulprofessor in der Tschechoslowakei interniert.

Darmstadt, 22. Juni. Prof. Oberhardt von der Technischen Hochschule Darmstadt nahm mit dem Freiballon „Darmstadt“ als Führer und Ballonmeister Wutler und Direktor Deju-Darmstadt als Passagiere an dem Internationalen Freiballon-Wettflug in Münster teil. Der Ballon mußte nach etwa 14stündiger Fahrt landen. Infolge dichten Nebels war dem Führer eine genaue Orientierung nicht möglich. Die Landung erfolgte etwa 80 Kilometer von der Grenze bei Saaz in der Tschechoslowakei. Während es Direktor Deju gelang, alsbald die Ausreisepapiere zu erhalten, wurden Prof. Oberhardt und der Ballonmeister interniert. Der Ballon wurde beschlagnahmt. Es sind die notwendigen Schritte eingeleitet worden, um die Freigabe des Ballons und des Internierten zu erwirken.

Die Zollpolitik am Scheidewege.

Von Hartmann Freiherr von Nitzschofen, Mitglied des Reichstags.

In der Erregung über die Fürstenabfindung ist es dem weit überwiegenden Teile des deutschen Volkes nicht bemerkt geworden, daß wir wirtschaftlich unmittelbar vor Entscheidungen bedeutsamer Art stehen. Diese Entscheidungen werden noch vor der Sommerpause des Reichstages, also in den nächsten Tagen, fallen müssen. Sie werden für Industrie und Landwirtschaft, für Produzenten und Konsumenten Folgewirkungen auslösen, denen sich kein Haushalt in unserem Vaterlande und damit kein Mitglied unserer Volksgemeinschaft entziehen können. In unserer schnelllebigen Zeit hat man fast schon die Kämpfe vergessen, die sich vor noch nicht einem Jahre im Deutschen Reichstag anlässlich der Verabschiedung des sogenannten kleinen Zollgesetzes abspielten. Der Widerstand, den damals die demokratische und sozialdemokratische Partei dem Gesetze, das so außerordentliche Erhöhungen der Zollsätze für industrielle wie landwirtschaftliche Erzeugnisse vorsieht, bereitet haben, war wohlüberlegt. Er beruhte insbesondere auf der Befürchtung, das Gesetz, das von der zu jener Zeit ausschlaggebend deutschnational beeinflussten Regierung des Reichskanzlers Luther vorgelegt und durchgebracht wurde, werde kein geeignetes Instrument für den Abschluß unserer tatsächlichen Interessen entsprechender Handelsverträge sein, und die Höhe der in dem Gesetz festgelegten autonomen Zollsätze werde unsere Wirtschaft handelspolitisch nicht zur Ruhe kommen lassen. Die Lage, in der wir uns jetzt befinden, erweist die Richtigkeit dieser Annahme.

Auch die damals stark großagrarisches eingestellten Regierungsparteien jener Zeit haben sich der Erkenntnis nicht verschlossen, daß bei der Wirtschaft- und Ernährungslage des deutschen Volkes die autonome Lebensmittelpolitik einfach unmöglich seien. Sie haben daher in das Gesetz eine Karenzzeit von einem Jahr, die mit dem 31. Juli 1926 abläuft, hineingebracht. Während dieser sich nunmehr in wenigen Wochen ihrem Ende nähernden Periode sollen dem Gesetz zufolge wesentlich niedrigere Zölle bei der Einfuhr der hauptsächlichsten Lebensmittel erhoben werden, die sich im großen und ganzen etwa auf der Höhe der Hälfte der autonomen Zollsätze bewegen. Im handelspolitischen Ausmaß des Reichstages war man sich im Juli 1925, wenigstens soweit es die offiziellen Erklärungen der einzelnen Parteien erkennen lassen, darüber klar, daß eine tatsächliche Einführung der autonomen Zollsätze auch nach Ablauf des Interimsjahres nicht angängig sein werde. Selbst der Reichsernährungsminister Graf Ranig ging bei der Verteidigung seiner hohen Agrarzölle von der Annahme aus, daß sich in der Zwischenzeit die für die künftige Regelung unserer Zoll- und Agrarpolitik wichtigsten Handelsverträge abgeschlossen sein würden, andernfalls aber eine Verlängerung des interimistischen Zustandes in Aussicht genommen werden müsse. Heute wissen wir, daß unsere Handelsvertragspolitik große Erfolge nicht aufzuweisen hat, und daß namentlich mit den Ländern, die für eine endgültige Festlegung der Agrarzölle in Betracht kommen, Handelsverträge bisher noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Weder mit Polen noch mit Rumänien ist eine Einigung möglich gewesen, und ebenso lassen die endgültigen Abmachungen mit Kanada, den südamerikanischen Republiken, Südafrika und Australien auf sich warten. Bei dieser Lage der Dinge wäre eine einfache Verlängerung des § 5 des im vorigen Jahre beschlossenen Zollgesetzes, der die Festlegung der interimistischen ermäßigten Zölle vorsieht, der einfachste und eigentlich gegebene Weg gewesen. Die gegenwärtige Reichsregierung hat leider eine solche gesetzgebende Maßnahme nicht in Vorschlag gebracht, sondern eine andere Methode gewählt, die augenscheinlich noch aus dem Arsenal des Kabinetts Luther-Schleier-Schlieben stammt.

Aus den Verhandlungen des handelspolitischen Ausschusses im vorigen Jahre geht hervor, daß insbesondere bei der Deutschnationalen Volkspartei schon damals mit dem Gedanken umgegangen wurde, im Falle des Nichtzustandekommens der hauptsächlichsten Handelsverträge einen Vertrag mit einem an sich an den Agrarzölle nicht oder kaum interessierten auswärtigen Staate abzuschließen, und in diesen Handelsvertrag ad hoc ein Zwischenglied zwischen den autonomen und interimistischen Zollsätzen aufzunehmen und so diese Konstruktion praktisch infolge der Restbegünstigung zum geltenden deutschen Zollfuß zu machen. Namentlich im Reichsernährungsministerium — das ersieht man schon aus den vorjährigen Erklärungen des Grafen Ranig — scheint man von vornherein diesen Plan in der sicheren Erwartung der Schwierigkeiten verfolgt zu haben, denen insbesondere der Abschluß des Handelsvertrages mit Polen begegnen mußte. Beim Auswärtigen Amt, dem die Durchführung dieses Manövers oblag, scheinen Bedenken nicht bestanden zu haben, und so ist der deutsch-schwedische Handelsvertrag zustande gekommen, mit dem der Reichstag sich nunmehr zu beschäftigen hat. In diesem Handelsvertrag hat man einen Roggenzoll von 8,00 Mark, Weizenzoll von 6,50 Mark und einen einheitlichen Gerstenzoll von 5,00 Mark eingeführt, und ist damit zwar etwa eine Mark unter den autonomen Zollsätzen geblieben. Hat aber die gegenwärtig noch geltenden Interimszölle für Brotgetreide verdoppelt und für Futtergerste sogar verdreifacht. Selbstverständlich wird von der Regierung erwartet werden, daß auch das kein Definitivum sein solle, son-

Kommunistische Unruhen in Sagan.

Sagan, 22. Juni. Gestern abend versuchte eine Rotte des Roten Frontkämpferbundes einen im hiesigen Gefängnis sitzenden Genossen zu befreien. Sie zog vor das Amtsgerichtsgebäude und verlangte die Befreiung des wegen tätlichen Angriffs auf einen Polizeibeamten inhaftierten Genossen. Die Polizei trieb die Menge mit Gummiknüppeln auseinander. Da die Roten Frontkämpfer in Sagan Terror ausüben, sind Polizeimaßnahmen angeordnet worden. Gegen weitere Ausschreitungen soll mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden.

Zusammenstoß in Hirschberg.

Hirschberg, 22. Juni. Gestern abend marschierte eine Abteilung des Stahlhelms mit Musik und Fahnen durch die Stadt. Der Zug wurde von einer großen Menschenmenge unter Führung von Kommunisten angegriffen, mit Steinen beworfen und gesprengt. Die an Zahl bedeutend geringeren Stahlhelmlente flüchteten in das Rathaus, wo sie von der Polizei geschützt wurden. Die Polizei konnte ohne Waffengewalt den Markt räumen. Später eintreffende Schutzpolizei aus Blegitz brauchte nicht einzugreifen. Es gab eine Anzahl Leichtverletzte.

Lübeck's neuer Bürgermeister.

Lübeck, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Senats wurde der Senator Böwig (Sozialdemokrat) zum Vorsitzenden des Senats und zum Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Dr. Neumann gewählt. Zum stellvertretenden Senatsvorsitzenden wurde, da von bürgerlicher Seite auf den zweiten Posten verzichtet wurde, Senator Hoff (Sozialdemokrat) ernannt.

Neuwahl des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion.

Berlin, 23. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat gestern einstimmig beschlossen, die durch die Übernahme des Reichskanzleramtes durch den bisherigen Vorsitzenden Marx notwendig gewordene Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden bis zum Herbst zu vertagen und die stellvertretenden Vorsitzenden, die Abgeordneten von Guerd und Stegerwald, zu bitten, die Leitung der Fraktion beizubehalten. Der „Germania“ zufolge haben sich beide Herren dazu bereit erklärt.